

# Von Oslo bis Offshore – Politische Normalisierung im östlichen Mittelmeerraum mithilfe der Ausbeutung der Energieressourcen

Hicham Safieddine, meri.org, 20.10.25

**Als die erste Regierung von US-Präsident Donald Trump im Januar 2020 ihren Plan „Peace to Prosperity“ (Frieden für Wohlstand) vorstellte, versprach das Hochglanzdokument den Palästinensern einen Anteil am regionalen Wachstum. 1**

Teil dieser Vision war ein in Ägypten angesiedelter Energie-Hub für den östlichen Mittelmeerraum vorgesehen, der die Gasförderung koordinieren und die Exporte aus den kürzlich entdeckten Offshore-Feldern der Region ankurbeln sollte.

Von Weizmanns Versprechen des Wohlstands aus dem Jahr 1919 bis zu Trumps „Peace to Prosperity“-Plan ein Jahrhundert später hat der zionistische Kolonialismus konsequent wirtschaftliche Instrumente eingesetzt, um politische Ziele zu erreichen, vor allem die Schaffung und Erhaltung des rassistischen israelischen Apartheid-Staates.

Die Formulierung spiegelte die seit einem Jahrhundert bestehenden Behauptungen der Zionisten wider, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit Wohlstand mit sich bringen und dass insbesondere die Palästinenser davon profitieren würden.

Das falsche Versprechen wirtschaftlichen Wohlstands im Austausch für die Anerkennung eines Apartheid-Staates in Palästina durch die Araber hat eine lange Geschichte.

Im Jahr 1919 unterzeichnete Haim Weizmann, der die Interessen der Weltzionistenorganisation vertrat, ein Abkommen mit Faisal Ibn Hussein, dem Vertreter der neu gegründeten arabischen Regierung in Damaskus, in dem es hieß, dass die zionistische Bewegung „ihre besten Anstrengungen unternehmen werde, um den arabischen Staat bei der Bereitstellung der Mittel zu unterstützen, die zur Erschließung der natürlichen Ressourcen und wirtschaftlichen Möglichkeiten dienen“. 2

Wegen heftigen Widerstands des syrischen Kongresses (unter dem Vorsitz von Faisal) kam das Abkommen nie zustande. Aber hätte es Bestand gehabt, hätte es angesichts der späteren Entwicklungen eher zu einer politischen Normalisierung und wirtschaftlichen Abhängigkeit geführt als zu der versprochenen wirtschaftlichen Entwicklung. Im Mandatsgebiet Palästina, das seit 1920 unter britischer Kontrolle stand, verarmten und enteigneten die Zionisten arabische Bauern und Landwirte, was schließlich in der Vertreibung von über 750.000 Palästi-

nensern während der Nakba 1948 gipfelte. Die Zionisten versuchten auch, die Land- und Wasserressourcen der umliegenden arabischen Gebiete zu kontrollieren.

Nach der Gründung eines zionistischen Staates im Jahr 1948 verhinderte dessen Kriegslust – in Verbindung mit dem Aufstieg des arabischen Sozialismus und antikolonialer Bewegungen in der gesamten Region – jede Möglichkeit einer offiziellen Normalisierung, sei es auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene.[3] Mehrere Staaten schrieben Wirtschaftsboykotte gesetzlich fest, nachdem die Arabische Liga 1954 ein Handelsboykott-Dekret erlassen hatte. Die Camp-David-Abkommen zwischen dem Staat Israel und Ägypten im Jahr 1978 waren ein Wendepunkt in die entgegengesetzte Richtung. Aber ihre wirtschaftlichen Auswirkungen blieben im Vergleich zu ihren geopolitischen Folgen begrenzt.

Erst mit den ersten Osloer Verträgen von 1993 verbreitete sich eine Logik des wirtschaftlichen Wohlstands als Säule der Normalisierung – und dessen Ausweitung auf regionaler und globaler Ebene. Die Osloer Verträge und Ergänzungen, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem offensichtlichen Triumph des Neoliberalismus zwischen dem Staat Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation geschlossen wurden, sowie der ein Jahr später unterzeichnete Normalisierungsvertrag mit Jordanien enthielten wirtschaftliche Versprechen, die mit den Prinzipien der Pax Americana im Einklang standen. Der Text der Grundsatzerklärung des ersten Osloer Abkommens bezieht sich ausdrücklich auf die Entwicklung der palästinensischen und regionalen Wirtschaft als „Marshallplan“ 4. Freie Märkte und Leichtindustrieproduktion würden die Wirtschaft der palästinensischen Besatzungsgebiete aus der Flaute befreien und das Wirtschaftswachstum der arabischen Normalisierungsstaaten ankurbeln, namentlich Jordanien und Ägypten.

In den folgenden zwei Jahrzehnten wurde jedoch kein einziges Infrastrukturprojekt, das auch nur ansatzweise wirtschaftliche Souveränität versprach – wie beispielsweise Flug- oder Seehäfen –, in Palästina verwirklicht. Unterdessen verlor die Wirtschaft der Westbank laut Zahlen der Weltbank Milliarden von Dollar, wurde stark von Hilfgeldern abhängig, diente als Quelle billiger Arbeitskräfte und als Absatzmarkt für israelische Waren. 5

Auf regionaler Ebene leitete Washington 1996 die Einrichtung von *Qualifying Industrial Zones (QIZ)* in Jordanien und Ägypten und bot Anreize wie zollfreien Zugang zu US-Märkten, um die gemeinsame Produktion von Materialien zwischen dem Staat Israel und den beiden arabischen Staaten zu fördern. Letztendlich beschränkten sich diese Zonen weitgehend auf die Textilproduktion. Sie wurden zu Gebieten der Ausbeutung von Arbeitskräften mit geringen finanziellen Erträgen für die arabischen Staaten und verloren schließlich ihren Anreiz, als die Vereinigten Staaten Anfang der 2000er Jahre Freihandelsabkommen mit Jordanien und Ägypten unterzeichneten.

Der Aufstieg der *Boycott, Divestment, Sanctions (BDS)*-Bewegung im gleichen Zeitraum führte in Verbindung mit der Ablehnung der Normalisierung des Handels durch die Bevölkerung zu einer weiteren Eindämmung des Rohstoffhandels zwischen dem Staat Israel und den arabischen Märkten.

Der politische und wirtschaftliche Druck auf arabische Länder, ihre Beziehungen zum Staat Israel zu normalisieren, erlebte zu Beginn dieses Jahrhunderts mit der Entdeckung großer Öl- und Gasvorkommen im östlichen Mittelmeerraum einen gewaltigen Sprung. Seit Beginn der 2010er Jahre haben groß angelegte Investitionen in die Erdgasförderung durch Konsortien von Ölkonzernen (darunter US-amerikanische, europäische und israelische Unternehmen) sowie die von US-Gesandten wie Amos Hochstein geführte Pipeline-Diplomatie dazu beigetragen, die israelische Erdgasinfrastruktur vollständig in die umliegenden arabischen Staaten und den größeren Mittelmeerraum zu integrieren.

### **Die Kosten des Gases**

Die Hinwendung zur Energieintegration markierte einen entscheidenden Wandel. Während frühere Versuche, sogenannten Wohlstand für Frieden zu schaffen, zwar Entwicklung versprachen, aber Abhängigkeit brachten, stellt die Normalisierung der Energieversorgung ein tieferes strukturelles Problem dar. Energieabkommen, die arabische Volkswirtschaften durch Brennstoffe und Infrastruktur im Tausch für unverzichtbare Versorgungsleistungen an den Staat Israel binden, sind schwerer zu durchbrechen oder rückgängig zu machen.

In Jordanien hat ein bilaterales Abkommen aus dem Jahr 2016 im Wert von schätzungsweise 10 Milliarden US-Dollar das Land dazu verpflichtet, aus dem Staat Israel gefördertes Gas zu importieren. Jordaniens Abhängigkeit von Gas zur Stromerzeugung untergräbt die Bemühungen um Solarenergie, obwohl das Land dafür ideale klimatische Bedingungen bietet: Pläne für großflächige Solarparks wurden 2019 unter dem Vorwand, eine Überproduktion zu vermeiden, auf Eis gelegt. Unterdessen investierte die jordanische *National Electric Power Company*, ein öffentliches Versorgungsunternehmen, Milliarden von Dollar in den Kauf von israelischem Gas und leitete damit wertvolle finanzielle Ressourcen von dringend benötigten öffentlichen Investitionen in einem Land ab, das unter hoher Arbeitslosigkeit und hoher Staatsverschuldung leidet (117 Prozent des BIP im Jahr 2025). 7

In Ägypten gab es bei der Normalisierung der Energieversorgung anfänglich Schwierigkeiten. Ursprünglich floss Erdgas seit 2008 von Ägypten zu den israelischen Märkten. Nach den Volksaufständen von 2011 führten Proteste gegen den billigen Export von ägyptischem Gas in den Staat Israel dazu, dass dieser zum Erliegen kam. Die Unterbrechung war jedoch nur von kurzer Dauer. Nach der Gegenrevolution im Jahr 2013 stellte die Regierung von Präsident

Abdel Fattah al-Sisi die Energieverbindungen schnell wieder her, wenn auch in umgekehrter Richtung. Im Jahr 2018 unterzeichneten Kairo und Tel Aviv einen Vertrag über den Export von im Staat Israel gefördertem Offshore-Gas nach Ägypten. Der Vertrag im Wert von 15 Milliarden Dollar über zehn Jahre sah die Nutzung der Arabischen Gaspipeline vor, die ursprünglich Anfang der 2000er Jahre durch Ägypten, Jordanien und Syrien gebaut und als Mittel der arabischen Wirtschaftskooperation gefeiert worden war. Nun wurde sie genutzt, um praktisch gestohlenes palästinensisches Erdgas entlang der historischen Küste Palästinas zurück nach Ägypten zu pumpen, wo es exportiert oder lokal verbraucht wurde.

Im Libanon nahm die politische Ökonomie der Normalisierung der Energieversorgung eine eher erzwungene Form an. Nach dem finanziellen Zusammenbruch des Landes im Jahr 2019 übte Washington Druck auf die libanesischen Behörden aus und versprach ihnen eine Befreiung von den Sanktionen, die gemäß dem *Caesar Act* von 2019 gegen Syrien verhängt worden waren, wenn sie Strom aus Jordanien kaufen würden, der über Syrien geleitet würde. Dieser Strom wurde zumindest teilweise aus gestohlenem palästinenischem Gas erzeugt, das unter Verwendung israelischer Infrastruktur enteignet worden war.<sup>8</sup>

Gleichzeitig drängten die Vereinigten Staaten den Libanon, den seit langem bestehenden israelischen Forderungen nachzukommen: Entwaffnung der Hisbollah und Festlegung der Grenze. Im Gegenzug versprachen US-Beamte, Vereinbarungen mit ausländischen Gasunternehmen zu treffen, die bereit waren, vor der libanesischen Küste zu bohren. Im Jahr 2022 eskalierten die Spannungen, als Streitigkeiten über Gasfelder im Süden die Hisbollah und den Staat Israel an den Rand einer militärischen Konfrontation brachten. Der Islamische Widerstand reagierte mit Drohungen gegen israelische Offshore-Bohrfelder, um die Verhandlungsposition des Libanon zu stärken. Die Pattsituation führte zu einem Kompromiss: Die Seegrenzen wurden offiziell festgelegt, aber die Landgrenzen zwischen dem Libanon und dem besetzten Nordpalästina blieben ungelöst. Einige Mitglieder der politischen Elite des Libanon begrüßten das Abkommen als Durchbruch, der die finanzielle Lage des Landes verbessern und zur Tilgung seiner wachsenden Schulden beitragen würde. Diese Erleichterung blieb jedoch aus. Das französische Energieunternehmen *TotalEnergies* verzögerte die Vorlage seiner Berichte, und der Ausbruch des aktiven Krieges nach dem 7. Oktober 2023 machte alle Hoffnungen zunichte, Einnahmen aus den Offshore-Gasfeldern zu erzielen.

Bemerkenswert ist, dass das libanesisches maritime Abkommen von Amos Hochstein vermittelt wurde. Als ehemaliger israelischer Soldat und Sonderbeauftragter für den Libanon im Jahr 2024 verkörpert Hochstein die Verschmelzung von privatem Kapital und staatlichen Interessen bei der Gestaltung der globalen Energiepolitik. Hochstein war zuvor Mitglied der Lobbygruppe *Cassidy and Associates* und diente später unter Präsident Barack Obama sowie

später unter Präsident Joseph Biden als Sonderbeauftragter Washingtons für globale Energiesicherheit. Sein offizielles Mandat lautete, „die Nutzung von Energieressourcen als politisches Druckmittel zu bekämpfen“ – eine doppeldeutige Formulierung, die in der Praxis bedeutete, solche Druckmittel für die Vereinigten Staaten unter Ausschluss anderer Mächte zu sichern. 9

In dieser Position beaufsichtigte Hochstein die Umsetzung von Energiesanktionen gegen den Iran sowie andere sogenannte „Schurkenstaaten“ und förderte gleichzeitig den Südlichen Gaskorridor, eine Pipeline, die sich von Baku – der Hauptstadt des israelischen Verbündeten Aserbaidschan – über die Türkei, Griechenland und Italien bis nach Westeuropa erstreckt.

Vor der russischen Invasion in der Ukraine Anfang 2022 bezeichnete Hochstein das östliche Mittelmeer ausdrücklich als potenzielle alternative Gasquelle, die „eine Rolle dabei spielen kann, Mittel- und Südosteuropa von ihrer übermäßigen Abhängigkeit von Moskau zu befreien“. Hochstein ermutigte die Energieindustrie außerdem, kostensenkende technologische Innovationen in der Erdgasförderung zu nutzen, um die Produktion neben erneuerbaren Energien aufrechtzuerhalten, anstatt sie als Teil einer Umstellung auf erneuerbare Energien zu betrachten. 10

Die Normalisierung der Energiebeziehungen erhielt mit der Gründung des *East Mediterranean Gas Forum* 11 einen institutionellen Charakter. Das 2020 ins Leben gerufene Forum umfasst Ägypten, Jordanien, Zypern, Griechenland, Italien, den Staat Israel und die kollaborierende Palästinensische Autonomiebehörde. Der Ausschluss der Türkei spiegelt die Spannungen zwischen ihr und dem Staat Israel hinsichtlich der wirtschaftlichen Vorherrschaft in der Region wider. Diese Rivalitäten im Energiebereich erklären auch teilweise die Ausrichtung regionaler Kräfte in verschiedenen Konflikten, beispielsweise die Intervention der Türkei in Libyen, wo sich große Gas- und Ölvorkommen befinden.

### **Energie, Souveränität und Widerstand**

Seit 2010 hat die Entdeckung fossiler Brennstoffe in kommerziellen Mengen im östlichen Mittelmeerraum nicht nur Kämpfe um Energieressourcen ausgelöst, sondern auch die wirtschaftliche Integration des Staates Israel in die Region beschleunigt – auf Kosten der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Palästinenser und der umliegenden arabischen Bevölkerung.

Daraus lassen sich mehrere Lehren ziehen. Zum einen können die Gefahren einer Normalisierung im Energiebereich die Normalisierung anderer Wirtschaftsbeziehungen überwiegen. Die finanziellen Risiken sind höher und Energie ist ein strategischer Rohstoff. Im Gegensatz zu Konsumgütern ist sie für das moderne Leben unverzichtbar: Strom- und Kraftstoffengpäs-

se können ganze Gemeinden lahmlegen und die Produktion zum Erliegen bringen. Außerdem ist sie schwerer nachzuverfolgen. Im Gegensatz zu Konsumgütern lässt sich Energie nicht sichtbar zu einer eindeutig identifizierten Quelle, wie beispielsweise einem Hersteller, zurückverfolgen. Sie wird über Infrastrukturnetze gekauft und bereitgestellt, die keinen individuellen Boykotten unterliegen und selbst auf kollektiver Ebene schwer zu ersetzen sind und Energieimporte erfordern kein ständiges Marketing. Sie werden durch einen einmaligen Vertrag legitimiert, der verlängerbar ist und somit eine langfristige Abhängigkeit schafft.

Multinationale Konzerne spielen eine Rolle bei der Bohrung und Förderung, aber diese Geschäfte können ohne rechtliche Rahmenbedingungen, Sicherheitsgarantien und staatliche Konzessionen nicht zustande kommen. Analysen, die die Energiepolitik entweder auf abstrakte Materialität oder die Logik globaler kapitalistischer Interessen reduzieren, laufen Gefahr, die regionalen politischen Kontroll- und Regulierungsstrukturen zu übersehen, die solche Geschäfte erst möglich machen. Normalisierung und Sanktionen sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben imperialistischen Politik des Westens. Die gewaltsame Dynamik der Neugestaltung von Landkarten, um politische Geografie mit kapitalistischen Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen, ist ein Prägungsmerkmal des Kolonialismus. Die Eisenbahnen von gestern sind die Pipelines von heute. Souveränität wird daher zu einem zentralen Aspekt des Widerstands.

Die politische Ökonomie der Normalisierung der Energieversorgung reicht weit über den östlichen Mittelmeerraum hinaus und ist mit Energiekriegen in Osteuropa und Zentralasien verbunden. Ein Hauptmotiv des Gasforums für die Sicherung der Reserven im östlichen Mittelmeerraum ist es, Europa vom russischen Gas unabhängig zu machen. Aber auch andere Initiativen, wie die kürzlich angekündigte Lieferung von katarisch finanziertem aserbaidschanischem Gas nach Syrien <sup>12</sup>, sind Teil des politischen Puzzles. Angesichts der engen Allianz zwischen Baku und dem Staat Israel stellt dieses Projekt einen weiteren Versuch dar, die arabischen Energieinfrastrukturen mit dem Staat Israel und seinen Verbündeten zu integrieren.

Das Kapital aus den Golfstaaten, in diesem Fall Katar, spielt dabei eine entscheidende Rolle und verstärkt den groß angelegten Vorstoß zur Normalisierung, der mit den Abraham-Abkommen begann und durch arabische Medien, die mit Kapital aus den Golfstaaten finanziert werden, wie beispielsweise *Al Arabiya* aus Saudi-Arabien, noch verstärkt wird.

All diese Dynamiken entfalten sich an den Küsten einer Siedlerkolonie. Von Weizmanns Versprechen des Wohlstands aus dem Jahr 1919 bis zu Trumps „Peace to Prosperity“-Plan ein Jahrhundert später hat der zionistische Kolonialismus konsequent wirtschaftliche Instrumente eingesetzt, um politische Ziele zu erreichen, vor allem die Schaffung und Erhaltung

des rassistischen israelischen Apartheid-Staates. Der israelische Völkermord in Gaza ist die gewaltsamste Erinnerung an diese Tatsache.

Der Versuch, die Bevölkerung Gazas auszurotten, lässt sich nicht allein – oder auch nur in erster Linie – mit dem Wunsch erklären, die östlichen Küsten des Mittelmeers für Energiegewinnungszwecke zu sichern, aber die Energiepolitik ist Teil der Infrastruktur, die diesen Versuch stützt. Solidarität mit Gaza erfordert daher, den Kampf für die nationale Befreiung Palästinas in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig die zugrunde liegenden kapitalistischen und imperialistischen Kräfte zu bekämpfen, die diesem Ziel im Wege stehen.

*Hicham Safieddine ist außerordentlicher Professor und Inhaber des Canada Research Chair für Geschichte des modernen Nahen Ostens an der University of British Columbia.*

1 <https://trumpwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2020/01/Peace-to-Prosperity-0120.pdf>

2 United Nations, “[The Question of Palestine](#),” Text of the Faisal-Weizmann Agreement, January 3, 1919.

3 Abed el-Razzak Takriti and Hicham Safieddine, “Arab Socialism,” in *The Cambridge History of Socialism* (Cambridge University Press, 2023)

4 <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-180015/>

5 Tawfiq Haddad, “[How did the Economic Dimensions of ‘Peace’ and Normalization Pave the Way for the Genocide of Gaza?](#)“ *Al-Sifr*, June 17, 2025

6 [https://www.eia.gov/international/analysis/regions-of-interest/Eastern\\_Mediterranean](https://www.eia.gov/international/analysis/regions-of-interest/Eastern_Mediterranean)

7 <https://thearabweekly.com/world-bank-approves-11-billion-financing-boost-jordans-economy>

8 <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/why-israeli-gas-and-syrian-sanctions-relief-may-turn-on-lebanons-lights/>

9 [Amos J Hochstein Official Biography](#), US Department of State, Archived Content from 2009–2017.

10 <https://www.businessinsider.com/biden-taps-former-oil-gas-lobbyist-oversee-global-energy-policy-2021-8>

<https://www.youtube.com/watch?v=2CHqrLsuwis>

11 <https://emgf.org/>

12 <https://www.turkiyetoday.com/region/us-envoy-thanks-qatar-for-funding-azerbaijani-gas-delivery-to-syria-via-turkiye-3204956>

Quelle. <https://www.merip.org/2025/10/from-oslo-to-offshore-the-rise-of-energy-normalization-in-the-eastern-mediterranean/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de